

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Dr. Uschi Eid, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Claudia Roth (Augsburg), Irmingard Schewe-Gerigk, Rainer Steenblock, Jürgen Trittin und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Demokratie für Belarus

Nach den Präsidentschaftswahlen in Belarus am 19. März 2006, die die OSZE als weder frei noch fair bezeichnet hat, ist die Opposition weiter unter Druck geraten. Der Oppositionskandidat Alexander Kosulin ist wegen seines Aufrufs zur Demonstration gegen das gefälschte Wahlergebnis zu fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Hunderte wurden auf den Demonstrationen nach der Wahl verhaftet. Am 20. September 2006 erklärte Kosulin im Gefängnis den Hungerstreik, um die Aufmerksamkeit der Internationalen Gemeinschaft für die Lage der Opposition in Belarus zu erreichen. Es gibt keine Möglichkeit der freien Meinungsäußerung, unabhängige Medien wie Zeitungen dürfen nicht mehr vertrieben werden.

In zwei Anträgen vor und nach der Wahl hat der Deutsche Bundestag in einem breiten Konsens erklärt, die demokratischen Kräfte in Belarus unterstützen zu wollen. Neben der Forderung nach einer Ausweitung des Visa-Banns für Mitglieder der Regierung und anderer verantwortlicher Personen und dem Einfrieren von Konten, haben sich Mitglieder aller Fraktionen für eine Intensivierung des Jugend- und Studentenaustauschs ausgesprochen. Zentrales Instrument hierzu ist eine liberale Handhabung bei der Visa-Vergabe. Dahinter steht die Überzeugung, dass gerade der jungen Generation in Belarus das Reisen in das westliche Ausland ermöglicht werden muss, um so die Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Belarus zu fördern.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Was unternimmt die Bundesregierung, um die Erhöhung der Visa-Gebühren für den Schengenraum von derzeit 35 Euro auf 60 Euro zum 1. Januar 2007 für Belarus abzuwenden?
2. Warum hat die Bundesregierung am 27. April 2006 in Luxemburg der Anhebung der Visa-Gebühren zugestimmt, obwohl eine solche Gebühr für die meisten Weißrussen nicht bezahlbar ist, und nicht vielmehr wie Schweden, Griechenland und Ungarn eine solche Erhöhung abgelehnt?
3. Wie wirkt die Bundesregierung auf die Innenministerkonferenz ein, um für eine großzügige Anwendung der gesetzlichen Regelungen der Aufenthaltserlaubnis für junge Menschen aus Belarus zu sorgen?

4. Wie viele Studenten wurden seit den Präsidentschaftswahlen am 19. März 2006 von belarussischen Hochschulen aus politischen Gründen relegiert?
 - a) Wie viele davon haben einen Studienplatz und/oder Stipendium im Ausland gefunden?
 - b) Wie viele davon haben einen Studienplatz und/oder Stipendium in Deutschland gefunden?
 - c) Was hat die Bundesregierung unternommen, um den relegierten Studenten einen solchen Studienplatz und/oder Stipendium zu ermöglichen?
5. Wie wertet die Bundesregierung die Urteile gegen Alexander Kosulin und die Aktivisten der gesellschaftlichen Vereinigung „Partnerschaft“ Nikolaj Astrejko, Timofej Drantschuk, Erina Bronizkaja und Alexander Schalaiko aus rechtlicher Sicht?
6. Hat die Bundesregierung Kenntnis von einer einmonatigen Zwangseinweisung der Aktivistin Jana Popowa von der Vitebsker Initiative „Unser Haus“ (Nasch Dom) zur stationären psychiatrischen Untersuchung im Mai 2006 (www.soziale-verteidigung.de; <http://www.belarusnews.de/exklusiv.php?id=1982&eintrag=&archiv=> vom 12. September 2006)?
 - a) Falls ja, wie bewertet die Bundesregierung die Zwangseinweisung der Aktivistin?
 - b) Rechnet die Bundesregierung in Zukunft mit einem vermehrten Einsatz von Zwangseinweisungen zu psychiatrischen Untersuchungen als Mittel der Bestrafung und Repression gegen Oppositionelle?
7. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, der Bitte des belarussischen Schriftstellerverbands um moralische und finanzielle Hilfe nachzukommen, der Ende August 2006 sein Verbandshaus räumen musste, nachdem er sich weigerte für das 1997 durch Enteignung entzogene Gebäude Miete zu zahlen und sich daraufhin Mietschulden von ca. 20 000 Euro anhäufte (taz vom 1. September 2006)?
8. Wie wertet die Bundesregierung das Angebot des Präsidenten Alexander Lukaschenko für eine Partnerschaft mit der EU und den USA, das er auf dem jährlichen Treffen der Führungen der Belarussischen Auslandsvertretungen am 1. August 2006 in Minsk gemacht hat (http://www.president.gov.by/en/press_26559.html#doc vom 2. August 2006; <http://www.belarustoday.info/?pid=35726> vom 8. August 2006)?
9. Wie groß ist der finanzielle Umfang des „Förderprogramm Belarus“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Jahr 2006, das vorwiegend vom Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk als Unterauftragnehmer der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit umgesetzt wird?
 - a) Gab es eine Aufstockung der finanziellen Mittel gegenüber 2005?
 - b) Auf welche Höhe wird sich die finanzielle Ausstattung des Förderprogramms 2007 belaufen?
 - c) Wie ist die finanzielle Gewichtung zwischen den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Soziales, Energie und Umwelt?

d) Sieht die Bundesregierung in der Förderung kultureller Initiativen in Belarus eine Möglichkeit zur Unterstützung unabhängiger, zivilgesellschaftlicher Initiativen, wie sie es als Aufgabe des Förderprogramms das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beschreibt?

Falls ja, warum benennt Sie dann nur die vier Schwerpunkte Bildung, Soziales, Umwelt/Energie und Wirtschaft?

Falls nein, warum nicht?

10. Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, der Bitte des belarussischen Oppositionsführers Aljaksandr Milinkjewitsch vom 20. Oktober 2006 zu entsprechen und die politisch Verfolgten Smiser Daschkjewitsch und Pawal Krasuski in geeigneter Form zu unterstützen sowie die belarussische Führung zur Einstellung der Repressionen und zur Freilassung aller politischen Gefangenen aufzufordern?
11. Wird es im Rahmen der Europäischen Ratspräsidentschaft der Bundesrepublik Deutschland im ersten Halbjahr 2007 von Seiten der Bundesregierung neben Zentralasien als Schwerpunkt der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Bemühungen geben, eine konsistente Strategie für eine Europäische Außenpolitik zur Entwicklung demokratischer Strukturen in Belarus zu erarbeiten?

Falls ja, worin bestehen diese?

Falls nein, warum nicht?

Berlin, den 15. November 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

